

Pressemitteilung

17. Juli 2023

Ungerechter Flickenteppich aus verschiedenen Leistungen muss beendet werden

SoVD fordert Teilhabegeld für alle Menschen mit Behinderung

Hannover. Menschen mit Behinderung erhalten derzeit – je nach Bundesland – unterschiedliche finanzielle Leistungen. Es gibt zwar überall ein Landesblindengeld, allerdings variiert die Höhe stark. Während es unter anderem in Berlin oder Nordrhein-Westfalen Unterstützung für gehörlose oder taubblinde Menschen gibt, gehen Betroffene in Niedersachsen leer aus. Aus Sicht des Sozialverbands Deutschland (SoVD) in Niedersachsen ist dieser Zustand nicht hinnehmbar. Er fordert deshalb ein einheitliches Teilhabegeld für alle Menschen, die eine Behinderung haben.

Bis zu 410 Euro – diesen Betrag bekommen blinde Menschen in Niedersachsen monatlich zum Ausgleich der Nachteile, die ihnen durch ihre Behinderung entstehen. Würden die Betroffenen in Berlin wohnen, wären es über 670 Euro. „Das kann einen Unterschied von etwa 260 Euro im Monat ausmachen und ist nicht hinnehmbar“, sagt Bernhard Sackarendt, Landesvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Noch ungerechter sei die Situation für Gehörlose und Taubblinde. „In Berlin, Brandenburg oder Nordrhein-Westfalen bekommen sie pro Monat eine finanzielle Unterstützung, in Niedersachsen erhalten sie keinen Cent“, kritisiert Sackarendt. Es könne nicht sein, dass es vom Wohnort abhängt, ob Betroffene Leistungen erhalten oder nicht.

„Dieser Flickenteppich muss beendet werden. Nur so kann gerechte Teilhabe hergestellt werden“, ist sich der Landesvorsitzende sicher. Deshalb fordert der größte Sozialverband in Niedersachsen ein Teilhabegeld, das alle Betroffenen – unabhängig von Einkommen und Vermögen – erhalten. So könnten spezielle Bedarfe, die aufgrund ihrer Behinderung entstehen, ausgeglichen werden. „Wichtig ist dabei, dass es jeder*jedem, die*der eine Behinderung hat, zur Verfügung steht, ohne, dass sie langwierig erläutern müssen, für welchen Mehrbedarf sie das Geld genau verwenden“, betont Sackarendt weiter. Dies sei eine wichtige Voraussetzung für mehr Flexibilität und Selbstbestimmung. „Niedersachsen sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen und ein Teilhabegeld auf Landesebene einführen. Ziel wäre aber natürlich eine Lösung auf Bundesebene“, so Sackarendt.